

Bonn, Montag 24. Januar 1972

Sprecher: Amrehn, Barzel, [Blüm], Dregger, von Hassel, Hennig, [Katzer], Kiep, Köppler, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lorenz, Nathan, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stingl, Vogel, [Windelen].

Haushaltsplan 1972. Verschiedenes.

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 16.01 Uhr

Barzel: Meine Damen, meine verehrten Kollegen, ich eröffne unsere Bundesvorstandssitzung, die im wesentlichen organisatorischen Fragen dienen soll. Ich glaube, mit der Bundesausschußsitzung können wir, abgesehen von der Präsenz, sehr zufrieden sein.¹ Es war eine gute Beschlußfassung, und auch der Text ist verstanden worden von der Presse, als wir ihn eben übergaben. Zu politischen Fragen möchte ich nur einen einzigen Punkt mit einem Satz behandeln, weil jede Erörterung darüber ganz falsch ist. Der ist auch ganz wichtig, bevor ich morgen auf die andere Seite des Atlantiks fliege.² Sie werden heute morgen in der Presse gesehen haben, was mein Nachbar zur Linken etwas drängender und zügiger als Herr Scheel mit Blick auf Peking gesagt hat.³ Ich glaube, daß das eine Linie ist, die wir uns zu eigen machen sollten. Das eignet sich überhaupt nicht für Schlagzeilen, sondern es ist eben selbstverständlich, daß für uns weiße Flecke nicht möglich und auf die Dauer auch gar nicht erträglich sind. Das ist kein Propagandafeld. Das sollten wir so sehen. Ich muß wissen, daß es hoffentlich in dieser Frage keine abweichende Meinung gibt, weil sich hier natürlich etwas entwickeln kann und man drüben sich dafür sehr interessiert, wie wir in dieser Frage denken. Ich glaube eben konstruktiv, wir müssen da auch präsent sein – in welcher Weise, das muß man sehen. Ein solcher Markt kann uns nicht verschlossen sein, das müßten eigentlich schon die Argumente sein.

Ich habe sonst von mir aus heute nichts weiter beizusteuern als die Bitte, die ich

-
- 1 Ergebnisprotokoll der Bundesausschußsitzung am 24. Januar 1972 in ACDP 07–001–607.
 - 2 Barzel hielt sich vom 25. Januar bis 1. Februar 1972 in den USA auf, vgl. AdG 1972 S. 16879. Zur Presseberichterstattung vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation „Berichte und Kommentare zur Reise des CDU-Parteivorsitzenden Dr. Rainer Barzel in die USA“ vom 31. Januar 1972. Vgl. auch FRUS 1969–1972 Vol. XL Dok. 338 „Memorandum for the President's File by the President's Assistant for National Security Affairs (Kissinger)“ (Text im Internet: <http://www.state.gov/documents/organization/101006.pdf>).
 - 3 Vgl. FAZ vom 24. Januar 1972 „Scheel schließt Besuch in Peking nicht aus“. Der „Nachbar zur Linken“, Gerhard Schröder, hatte sich am Wochenende im ZDF ebenfalls zu den deutsch-chinesischen Beziehungen geäußert, vgl. UiD Nr. 4 vom 27. Januar 1972 „Schröder: Beziehungen zu Peking im deutschen Interesse“. Vgl. Nr. 26 Anm. 29.

auch im Vorgespräch heute morgen im Präsidium geäußert habe⁴, doch einen Leitaufsatz in der „Welt“ heute sehr ernst zu nehmen von Graf Kageneck⁵ aus Paris, daß dort die Militärpolitiker sich bereits mittelfristig vorbereiten auf die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine sehr wichtige Information, die wohl nicht ganz aus den Fingern gesogen ist. Dies wollte ich sagen, ich weiß nicht, ob hier sonst der Wunsch besteht, noch einmal über allgemeine Politik zu sprechen. Ich habe nur die Hoffnung, daß wir in der Radikalismus-Frage – ich wiederhole dies – auch am Ende der Woche, wenn die Ministerpräsidenten und Innenminister getagt haben, mit einer festen Haltung dastehen. (*Zwischenruf*: Sollten wir uns, Herr Vorsitzender, nicht einmal mit Herrn Wehner beschäftigen?⁶ – *Unruhe und Diskussion*.) Wir waren unsicher, ob es zweckmäßig ist, vor dieser Ministerpräsidentenkonferenz⁷ sich zu äußern. Hier sind die Bedürfnisse von Opposition und Regierung unterschiedlich, auch unter unseren Freunden. Diese Woche wollen wir jetzt erst mal abwarten, was dabei herauskommt, und dann gehen wir in die Vollen. So ist das beschlossen, falls wir uns nicht durchsetzen.

Lorenz: Ich wollte folgendes anregen: Ich habe in verschiedenen Gesprächen, die ich in den Hauptstädten der Berliner Besatzungsmächte geführt habe in den letzten paar Monaten, immer wieder festgestellt, wie weit verbreitet doch die Anhängerschaft der Brandtschen Politik bei solchen Parteien oder Vertretern solcher Parteien ist, die uns eigentlich näher stehen müßten als den Sozialdemokraten. Das gilt insbesondere für Europa und hier insbesondere für die Gaullisten. Wir sollten uns im Vorstand einen Überblick geben lassen von sachkundigen Mitgliedern, z. B. von Herrn Dr. Schröder oder wer es gerne machen möchte, über die Haltung der christlich-demokratischen

4 Protokoll in ACDP 07–001–1405.

5 August Graf Kageneck (1922–2004), Journalist; ab 1955 Tätigkeit in Paris, 1969–1985 Korrespondent der „Welt“, 1986–1994 im Auftrag des Bundespresseamtes Herausgeber des Informationsbriefes „Economie et politique allemandes“.

6 Vgl. den Artikel Wehners in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 21. Januar 1972 „Spiel mit dem Grundgesetz“, in der er eine Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, Mitglieder bestimmter politischer Parteien aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen, ablehnt. Vgl. dazu die Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion vom 20. Januar.

7 Zur Ministerpräsidentenkonferenz am 28. Januar 1972 vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 29. Januar 1972 „Kein Kommunistengesetz geplant“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Januar 1972 „DKP-Mitglieder können aus dem Staatsdienst entlassen werden“. Zum Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vgl. Manfred FUNKE (Hg.): Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion. Düsseldorf 1978 S. 539. – Vgl. auch die Kleine Anfrage der CDU/CSU betr. Rechts- und Linksradikalismus, „Aktion Widerstand“ und „Deutsche Kommunistische Partei“ (BT-Drs. VI/2384) vom 28. Juni 1971 sowie die Antwort des Bundesinnenministers (BT-Drs. VI/2576) vom 17. September 1971. Zur Diskussion in der Presse „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. September 1971 „Heftige Kontroverse um die DKP“; FAZ vom 23. September 1971 „Regierung sieht in der DKP eine ‚potentielle Gefahr‘“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 23. September 1971 „Thema DKP-Verbot ist für Bonn tabu“ sowie die Verschiebung der Bundestagsdebatte über die innere Sicherheit, vgl. „Die Welt“ vom 21. Januar 1971 „Union will Debatte über politischen Radikalismus“; FAZ vom 21. Januar 1971 „Debatte über innere Sicherheit verschoben“.

Parteien oder uns nahe stehender konservativer Parteien und über die Möglichkeiten, die diese beeinflussen, und in Zukunft mehr zusammenarbeiten. Nicht heute, aber in absehbarer Zeit, weil ich glaube, dies ist eine ganz wichtige Sache, auch für die Wirkung unserer Politik in Europa.

Köppler: Noch mal zu der Sache Wehner: Ich würde vorschlagen, die Sozialdemokraten in die Besprechung vom 28. offen gehen zu lassen, damit sich der Prozeß der Auseinandersetzung mit Herrn Wehner auch in diesem Teil vollzieht. So wie ich sehe, haben wir einen Großteil der Landespolitiker der SPD inzwischen in den Ländern zu glasklaren Äußerungen veranlaßt. Wenn ich an Herrn Kühn denke, an Herrn Ruhнау denke und andere. Die kommen in eine unmögliche Position durch die Wehner-Ausslassung in dieser Sache. Der Wehner hat sich ja, wenn man den Text genau liest, bei aller Polemik, mit der er mal wieder vorgetragen hat, einen Rückweg offen gelassen. Er hat den einen Satz da ziemlich unvermittelt rein geschrieben, „die reine Zugehörigkeit zur Partei“ usw. Das ist einer der kritischen Punkte, wo auch unsere Leute in den Ländern jetzt rein beamtenrechtlich doch etwas überlegen, wie man die Beschlußfassung mit dem Bundeskanzler, mit der Bundesregierung formulieren sollte. Aber nach dem 28., würde ich sagen, müssen wir Feuer frei nicht nur geben, sondern auch betreiben.

Barzel: Herr Vogel, einverstanden?

Vogel: Ja, ich möchte nur berichten über ein Gespräch, das wir am vorigen Freitag mit unseren Innenministern hatten, wo wir uns völlig einig waren, sowohl was den Zugang zum öffentlichen Dienst als auch das Drinsein im öffentlichen Dienst für DKP-Mitglieder angeht. Es gibt gewisse Schwierigkeiten, wo jemand mit Kenntnis seiner Behörde Mitglied war und wo jetzt die Frage auftaucht, bleibt er da? Das ist die einzige Frage, wo es Schwierigkeiten gibt, in allen anderen Fragen sind wir völlig einig gewesen, daß die Zugehörigkeit genügt, auch jemanden herauszusetzen, der während seiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst der DKP beitrifft. Hier werden wir zwangsläufig in eine Kontroverse kommen. Man muß nur sagen, das, was Wehner ausgeführt hat, geht weit darüber hinaus. Ich mache auch auf das aufmerksam, was er zum Art. 18 gesagt hat. Das ist nach meiner Auffassung der Versuch einer Minimierung des Verfassungsschutzes. (*Zwischenruf:* Wo hat er das gesagt? – *Kraske:* In diesem Artikel „Augsburger Allgemeine“.)

Barzel: Bon! Dann sind wir in dieser Frage einig. Ich darf nur noch sagen, Herr Katzer leitet drüben den Fraktionsvorstand, deswegen ist er nicht hier. Wir haben ein Gespräch bei Vetter angesagt über diese Frage. Denn das ist ein Punkt, wo wir natürlich nicht in eine Kontroverse laufen wollen. Wir hoffen immer noch, daß es da ein paar Kräfte gibt, die diese Sache besser verstehen, als Herbert Wehner sie versteht.

Langguth: Ich habe im Grunde nur eine Frage. Klar ist die Sache im öffentlichen Dienst, daß da keine Angehörigen radikaler Parteien sein können. Ich sehe aber immer wieder an den Hochschulen, wie äußerst schwierig es ist, diesen Standpunkt dort darzulegen. Ich will jetzt auf die Argumentation nicht eingehen, aber es ist eine ganz merkwürdige liberale Haltung in Kreisen dieser Generation, die argumentieren, wenn eine Partei nicht verboten ist, dann müssen auch Zugangswege für alle Branchen offen

sein, Chancengerechtigkeit usw. Meine Frage an Sie, Herr Parteivorsitzender, ist, was gedenkt die CDU zu tun in Sachen Radikalismusbekämpfung mit Ausnahmen des jetzt hier ausgesprochenen Verbots für Angehörige radikaler Parteien im öffentlichen Dienst? Denn ich sehe eine bestimmte Einseitigkeit bei den Diskussionen der Fragen, was wir tatsächlich auch als CDU tun können. Ich würde also eine Beschränkung auf diese Fragen für falsch halten.

Barzel: Das ist völlig korrekt! Wir haben das in der letzten Sitzung des Vorstands angesprochen und gesagt, wir müssen jetzt erst mal diese Ministerpräsidentenkonferenz vom Tisch haben und abwarten, was sich daraus ergeben wird, unabhängig von dem, was Wehner gesagt hat. Wird es eine gemeinsame Sache oder wird es eine getrennte Sache? Daß für den Fall, daß es eine getrennte Sache werden sollte, dieser Punkt nicht ausreicht, Herr Langguth, auch wenn es eine gemeinsame werden sollte, ist ganz klar. Es schwebt mir vor, daß wir in der nächsten Vorstandssitzung einen unserer Freunde bitten, ob er hier Mitglied ist, oder jemand von draußen, über diese Fragen zu berichten und das ganze Tableau hinzulegen. Ich darf vorwegnehmen, daß wir bisher zu der Auffassung neigen, die Frage des generellen Parteiverbots so zu beantworten, daß man sagt, hier ist die Bundesregierung am Zug. Es ist in deren Ermessen und in deren Verpflichtung gegeben, unter bestimmten Umständen einen Antrag zu stellen. Die Regierung tut dies nicht. Also kann die Opposition höchstens fragen, ist die Zeit nicht so reif? Aber unabhängig davon können wir bis zu der Schwelle dessen gehen, was hier möglich ist, und da ist eben der öffentliche Dienst. Eine weitere Frage, die sich dann stellt, ist etwa Spartakus, das werden wir natürlich dann Ihnen raten, nicht nur hinsichtlich der Bewertung, sondern auch in der Opportunität. Sie wissen, daß Frau Hamm-Brücher schon vor Monaten das Verbot von Spartakus verlangt hat.⁸ Aber das alles sollten wir nicht aus dem Ärmel schütteln. Unsere Marschroute muß sein: Wir sehen, was beim Ministerpräsident, Innenminister herauskommt, und dann besprechen wir das in der nächsten Vorstandssitzung. Vielleicht können wir gleich beschließen, daß wir Herrn Langguth bitten, ein Co-Referat zu halten aus seiner Sicht aus den Universitäten? Sind Sie einverstanden? Und es wird sicher nötig sein, Herr Blüm, daß Herr Katzer oder Sie das speziell auf die Arbeitnehmer auch noch ergänzen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Denn das ist nicht nur eine Frage von Verboten, das ist ein viel umfassenderes Thema.

Dregger: Ich habe mich über diese Problematik aus der Sicht der Bundeswehr unterrichten lassen und zwar der Wehrpflichtigen, für die ja nicht der öffentliche Dienst gilt wie bei den Beamten, also Wehrdienstgesetze auf der einen Seite, die liberal sind und die Gleichbehandlung der Parteien erfordern, und die Tatsache auf der anderen Seite, daß wir eine Partei zulassen, die verfassungswidrige Ziele verfolgt. Dies wird auch ein Problem sein, mit dem die Kommandeure kaum fertig werden können. Ich glaube, das ist eine politische Frage, die wir hier einbeziehen müssen. (*Unruhe.*)

8 Vgl. FAZ vom 5. August 1971 „Für Verbot des ‚Spartakus‘“; „Frankfurter Rundschau“ vom 6. August 1971 „Wird Verbot des Spartakus erwogen?“.

Barzel: Herr Hennig, Sie erinnern mich bitte daran, daß ich da einen Kollegen aus der Fraktion, der besonders sachkundig ist, auch um ein Co-Referat bitte.

Lampersbach: Ich habe während der Weihnachtspause in einer sogenannten Rüstzeit mit Unteroffizieren der 7. Panzergrenadierdivision diskutiert, darunter bekannte sich einer offen als Mitglied der SDAJ. Ein Stabsoffizier! Mitglied der SDAJ. Und sehr interessant, im Rahmen des evangelischen Jugendzentrums fand das statt, wo ganz offen in der Diskussion gesagt wurde, daß das System, das wir haben, geändert werden müßte, unter Umständen mit Gewalt. Also, das zieht sich durch die Bundesregierung sicherlich genauso wie ein roter Faden. Interessant ist, daß der Kommandeur der Division, der als Protegé des Bundesverteidigungsministers gilt, Generalmajor Wagemann⁹, genau wie Herr Dr. Lenz¹⁰ bei dem Neujahrsempfang nachträglich kolossal angeschossen worden ist in der Presse wegen gewisser Äußerungen.

Barzel: Herr Vogel, dann Herr Stingl und dann würde ich gerne in die Tagesordnung eintreten.

Vogel: Ich hätte nur die Bitte, daß wir ein Verfahren finden, das es möglich macht, in der Frage DKP-Verbot ja oder nein zu einer übereinstimmenden Linie zu kommen. Wir haben hier unterschiedliche Auffassungen. Wir haben im Kreise der Innenminister die Auffassung gehabt, daß die bisherige Linie die richtige ist. Mit nicht unwichtigen Kollegen, die in der nächsten Woche eine besondere Sitzung über dieses Thema haben, werden wir versuchen, uns auf der Linie, die wir hier haben, zu verständigen. Das kann nicht darüber hinweg täuschen, und diese Aussage, glaube ich, ist erlaubt, daß erstens die DKP eine Ersatzorganisation der KPD ist und daß sie zweitens eine verfassungsfeindliche Partei ist. Diese beiden Aussagen sind möglich, auch wenn man bei der Frage des Verbotes gegenredet.

Barzel: Gut, wir sind also sehr einig, was mich freut, Herr Windelen bietet die guten Dienste mit den Ländern an, wenn nötig.

Stingl: Ich möchte zu Herrn Langguth noch sagen, erstens, es geht nicht nur da auf den Punkt, wo man denkt, daß es ungerecht sei, wenn man hier für die Entfernung der DKP ist aus dem Beamtendienst, sondern die Diskussion geht soweit, daß sie sagen, das ist ein demokratischer Prozeß und wenn die Kommunisten die Mehrheit kriegen, dann wird eben der Staat kommunistisch. Sie sind der Meinung, daß das ein Prozeß ist wie jeder andere. Da haben wir viel versäumt, das deutlich zu machen. Eine andere Betrachtungsweise derselben Sache: Ich merke zunehmend bei mir über die Selbstverwaltung einen Druck, nur Leute innerhalb der Anstalt fördern zu lassen, die auf keinen Fall Beamtenbundsleute oder Leute sind, die nicht SPD-nahe sind. Etwas anderes ist, Herr Vorsitzender, der Artikel Kagenecks über Gedanken über die Neutralisierung Deutschlands. Sie haben dabei nur erwähnt, daß das in Frankreich erörtert werde.

9 Dr. Eberhard Wagemann (geb. 1919), Generalmajor; Studium der Philosophie, ev. Theologie und Geschichte, Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision in Unna, 1974–1977 Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

10 Dr. Wilhelm Lenz war am 14. Januar 1972 bei einem Neujahrsempfang in der Hellweg-Kaserne der Bundeswehr in Unna. – Zu den SDAJ-Aktivitäten innerhalb der Bundeswehr vgl. „Die Welt“ vom 22. März 1972 „Die Rekruten hören nicht auf ‚Linksum‘“.

Ich meine, man muß sich einmal fragen, ob das nicht überhaupt das Ziel des Kanzlers ist. Denn die Äußerungen Wehners in Jugoslawien¹¹ oder die Gespräche mit Palme¹², mit Kreisky¹³ und allen deuten doch darauf hin, daß man meint, ein neutralisiertes Glacis vor die Sowjetunion legen zu können, das eben vom Nordkap bis hin zum Mittelmeer herunterreicht. Wir sollten nicht so tun, als ob das über sie käme als etwas nicht Gewolltes, sondern das ist meiner Meinung nach eben eine Zielvorstellung.

Barzel: Herr Windelen hat dies neulich öffentlich gesagt und ist deshalb geziehen worden und wird jetzt sogar dazu noch schreiben.¹⁴ Dann danke ich herzlich für diese kurze allgemeine Aussprache. Das Wort hat der Generalsekretär zur Tagesordnung.

Kraske: Zur Überleitung in die Tagesordnung erlauben Sie mir, eine Bemerkung des Vorsitzenden aufzugreifen, die die Präsenz der Ausschußsitzung angeht. Ich beobachte seit 15 Jahren in unserer Partei einen Teufelskreis, daß nämlich von der Parteiführung immer wieder neue Ansätze – und von keiner vorher so viele wie von dieser – gemacht werden, weil die Resonanz aus der Partei heraus, die sich etwa in Präsenz und Dauer der Teilnahme ausdrückt, nicht so ist, wie wir sie uns wünschen können, und daß deshalb ein Gremium sehr leicht auf längere Sicht die Chance verfehlt, nun wirklich in seine Bedeutung hineinzuwachsen. Was hier für den Bundesausschuß gilt, gilt in anderer Weise für unsere Publikationen. Sie können mit unseren Parteipublikationen in manchen Kreisen machen, was Sie wollen, die Leute merken es gar nicht, weil sie nämlich vor Jahren irgendwann gesagt haben: „Das ist nichts für mich“ und es dann nicht mehr lesen. Es geschieht hier eine Menge, es ist vieles geschehen, es wird weiter vieles geschehen. Deswegen bitte ich Sie, vor allem die Vorsitzenden der Landesverbände und der Vereinigungen¹⁵, im Vorgriff auf unser Gespräch am 21. Februar, wo wir uns ja speziell über diese Fragen der Parteilarbeit unterhalten werden, daß Sie alles

11 Wehner hielt sich vom 7. bis 13. September 1971 in Jugoslawien auf, vgl. „Der Tagesspiegel“ vom 10. September 1971 „Belgrad betont gutes Verhältnis zu Bonn“.

12 Olof Palme (1927–1986), schwedischer Politiker (Sozialdemokratische Partei); 1953 Sekretär von Premierminister Tage Erlander, 1955–1961 Vorsitzender des Sozialdemokratischen Jugendverbandes, 1957–1986 Mitglied im Reichstag, 1963 Staatsrat, 1965 Minister für Verkehr, Post und Fernmeldewesen, 1967 Bildungsminister, 1969–1986 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, 1969–1976 und 1982–1986 Premierminister.

13 Dr. Bruno Kreisky (1911–1990), österreichischer Politiker (SPÖ); 1926 Mitglied der SAJ, Studium der Rechtswissenschaften, 1938 Promotion, 1938–1945 Emigration nach Schweden, 1946–1949 Diplomat in Stockholm, 1951–1953 politischer Berater von Bundespräsident Theodor Körner, 1953–1959 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1956–1983 Abgeordneter im Nationalrat, 1959–1966 Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, 1967–1983 Bundesparteivorsitzender der SPÖ, 1976–1989 Vizepräsident der Sozialistischen Internationale; 1970–1983 Bundeskanzler. Vgl. Wolfgang PETRITSCH: Bruno Kreisky. Ein biographischer Essay. Wien 2000.

14 Vgl. „Münchner Merkur“ vom 13. Januar 1972 „Bayern bereit zur Verfassungsklage. CSU betont Ablehnung der Ostverträge“ sowie Beitrag Windelens mit dem Titel „Zufall oder Methode?“ in DUD Nr. 7 vom 11. Januar 1972 S. 1f.

15 Protokoll der Sitzung des Präsidiums, der Landesvorsitzenden, der Bundesvorsitzenden und Geschäftsführer der Vereinigungen und der Landesgeschäftsführer am 21. Februar 1972 in Bonn in ACDP 07–001–514.

tun, um in die Partei, in die Kreisverbände hineinzuwirken, daß nun wirklich diese Ansätze auch aufgenommen werden, daß diejenigen, die bei uns die publizistische Arbeit machen, auch aus der Partei heraus die nötige Resonanz finden in Form von Beteiligung von Leserbriefen usw., weil nur so wirklich diese Arbeit erfolgreich fortgesetzt werden kann.

HAUSHALTSPLAN 1972

Damit komme ich zu der eigentlichen Tagesordnung, der Beratung und Verabschiedung unseres Haushaltsplanes für 1972. Wenn in Parlamenten, im Bund und in Ländern die Beratung des Haushalts eine große Stunde ist, kann ich nicht verhehlen, daß hier in der CDU die Beratung des Haushalts einstweilen immer noch eine etwas unbefriedigende Stunde ist. Trotzdem meine ich, daß wir uns über ein paar grundlegende Fragen heute unterhalten sollten. Der Haushaltsentwurf¹⁶ ist Ihnen allen vor längerer Zeit zugegangen. Ich beschränke mich deswegen auf fünf Bemerkungen, ohne daß ich den Haushalt hier Position für Position durchgehe, das wäre ohnehin mehr die Aufgabe von Herrn Hennig, ich glaube aber, daß das besser so gemacht werden sollte, daß Sie Fragen stellen.

Erster Punkt: Auf der Einnahmeseite, und das ist Seite 1 der Ihnen vorliegenden Vorlage, haben wir nach wie vor, trotz der erfolgreichen Bemühungen unseres Schatzmeisters und des ganzen Präsidiums, darauf hingewiesen, mit einer Summe von erheblichen Ungewißheiten zu rechnen. Nach dem Ihnen vorliegenden Etat wären insgesamt 11,2 Mio. DM aufzubringen, auf dem Spendenwege. Diese 11,2 Mio. DM vermindern sich um mindestens 3,5 Mio., nämlich die Summe der Ziffern hier unten in den Erläuterungen unter III 1 und 2, Mitgliederbeiträge und die 10-DM-Umlage, von denen wir erstens hoffen, daß das wirklich in zügiger Weise jetzt eingeht und wo wir zweitens im äußersten Notfall in diesem und im kommenden Jahr eine Verrechnung vornehmen können gegen die Zuweisung der öffentlichen Mittel. Sie können also davon ausgehen, daß sich die notwendige Spendenwerbung um wenigstens 3,5 Mio. DM vermindert. Dann bleiben 7,7 Mio. DM übrig. Von diesen 7,7 Mio. können Sie aber eigentlich nicht einmal den Eventualetat abziehen, denn abgesehen von der dringend nötigen Verbesserung, insbesondere unserer Öffentlichkeitsarbeit, stehen in dem Eventualhaushalt, wie Sie gesehen haben, Positionen wie etwa der nächste Bundesparteitag, über die politisch längst entschieden ist, entschieden werden mußte, die also nicht mehr eventuelle Ausgaben, sondern sichere Ausgaben sind. Das heißt also, mit der Vorlage dieses Etats verpflichten wir den Bundesschatzmeister, mindestens 7,7 Mio. DM aufzubringen an Spenden. Und wenn er dies tut, gibt es für das Jahr 1973 und für den Bundestagswahlkampf 1973 noch keinen Pfennig Rücklage. Dies bitte ich zu sehen. Dies bitte ich insbesondere bei allen Wünschen zu sehen, einzelne

16 Entwurf über „Einnahmen und Ausgaben der Bundespartei im Rechnungsjahr 1972“ vom 2. Dezember 1971 in ACDP 07-001-920.

Etatpositionen zu erweitern oder gekürzte Etatpositionen auf den alten Stand zurückzubringen. Denn diese 7,7 Mio. zusätzlich zu der Vorbereitung des Wahlkampfes 1973 aufzubringen, wird eine große und schwierige Aufgabe sein, und ich meine, daß wir uns über Ausgaben, die den Rahmen dieses Etats sprengen, erst dann unterhalten können, wenn der Schatzmeister hier im Vorstand berichtet, daß er erfreulicherweise unbeschadet seiner Sammlung für die Wahl 1973 schon für dieses Jahr 1972 mehr als diese 7,7 Mio. zur Verfügung stellen kann. Es würde sich darüber wahrscheinlich niemand mehr freuen als ich, denn ich weiß, wie viel bei der Vorbereitung der Bundestagswahl 1973 bereits jetzt im Jahre 1972 an Weichenstellungen erfolgt und was das für Mittel erforderlich machen würde.

Zweiter Punkt: Die Ausgabenseite sieht, in wenigen Blöcken in Ihre Erinnerung zurückgerufen, Steigerungen vor, bei den Personalausgaben von rund 400.000 DM, durch den Bau und die Übernahme des Konrad-Adenauer-Hauses rund 500.000 DM, für die interne Informationsarbeit ebenfalls rund 500.000 DM, im Bereich der Personalplanung und Personalpolitik rund 160.000 DM und für sächliche Ausgaben 200.000 DM. Selbst wenn Sie für diese Ausgabensteigerung den Eventualhaushalt hinzunehmen, ist dieses absolut unbefriedigend, weil es im wesentlichen die Fortschreibung des bestehenden Haushaltes bedeutet. Es geht also kaum um Personalzuwachs, es geht kaum um eine qualitative Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit durch Hinzunahme weiterer Wege und Möglichkeiten. Es geht um die notwendige Aufstockung der internen Publikationen, es geht um ein Auffangen der gestiegenen Papier- und Portokosten. Es geschieht also das, was wir jetzt machen, weiter mit höheren Kosten dank unseres politischen Gegners, aber es geschieht verhältnismäßig wenig zusätzlich. Es gibt nur eine wichtige Position, die unsere Arbeit wirklich erheblich aufstocken könnte und das sind die 1,2 Mio. DM für Öffentlichkeitsarbeit, die in dem Eventualhaushalt stehen und die überhaupt erst dieser Öffentlichkeitsarbeit nach außen eine gewisse erste Basis geben.

Zum dritten eine kurze Zwischenbemerkung, die einzige Einzelposition, die ich erwähnen will. Auf Seite 8 bei den durchlaufenden Zuschüssen für die Vereinigungen sehen Sie eine Reduzierung des Zuschusses an unsere Freunde von der Mittelstandsvereinigung von 78.000 auf 48.000 DM. Ich erwähne das ausdrücklich, weil ich leider keine Gelegenheit hatte, ausdrücklich vor dieser heutigen Sitzung noch mal mit unserem Kollegen Lampersbach zu sprechen. Wir sind der Meinung, einschließlich des Bundesschatzmeisters, daß die Mittelstandsvereinigung sich zwar bisher nach Abstimmung mit der Bundespartei daran gehalten hat, daß sie nicht selber Beiträge einzieht, daß sie nicht eigene Spenden wirbt, daß sie die Leute auf den allgemeinen Spendenweg verweist und dafür notwendigerweise finanzielle Zuschüsse der Bundespartei entgegennehmen muß. Bei Durchsicht dieses Etats sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Mittelstandsvereinigung bitten sollten, nicht von heute auf morgen, aber in zunehmendem Maße wenigstens ihre eigenen Ausgaben durch entsprechende Werbung in dem von ihr angesprochenen Kreise zu decken. Deswegen haben wir hier den Zuschuß der Bundespartei zum ersten Mal um etwa 40 % heruntergesetzt.

Vierter Punkt: Ich brauche Ihnen, die Sie alle auch in anderem Zusammenhang mit

Etats umgehen, nicht viel zu sagen darüber, daß die Struktur dieses Etats, abgesehen von seiner jeweiligen Höhe, natürlich denkbar unbefriedigend ist. Wir haben auf der einen Seite 3,8 Mio. DM Personalkosten. Wir haben auf der anderen Seite alleine 1 Mio. DM an Mieten durch das neubezogene Haus. Wir haben auf der einen Seite 2,34 Mio. DM für die Informationen nach innen und wir haben nur 266.000 DM für die Informationen nach außen. Selbst wenn ich die 1,2 Mio. aus dem Eventualhaushalt hinzunehme, bleibt die Information nach außen immer noch in ihrem Ansatz unter der Ausgabe nach innen.

Sie sehen aus diesem ganz kurzen, stichwortartigen zusammenfassenden Bericht, daß die Bundespartei, die Geschäftsstelle, ihr Generalsekretär, das Präsidium mit diesem Ihnen vorgelegten Etat in gar keiner Weise zufrieden sind. Aber es ist ein nüchterner und ein realistischer Etat, und ich verstehe unter Begriffen wie „Nüchternheit“ und „Realismus“ im Unterschied zu manchen Parteifreunden etwas durchaus Positives, Offensives und Modernes. Es ist also ein nüchterner und realistischer Etat, der davon ausgeht, daß wir das fortentwickeln müssen, was wir im Ansatz, in guten Ansätzen in der Arbeit der Bundespartei und der Bundesgeschäftsstelle vorgefunden haben und daß unsere Aufgabe nur sein kann, Zug um Zug mit dem Näherkommen des Wahlkampfes, mit den erfolgreichen Bemühungen von Walther Kiep und deren Verwirklichung diese Dinge da aufzustocken, wo es nötig ist. Das wird schwerpunktmäßig für die Information nach außen gelten. Das wird zu einem geringeren Teil für die Personalkosten gelten, wenn wir auf die Wahl hin das leisten wollen, nicht nur nach außen, sondern auch in die Partei hinein, was wir uns vorgenommen haben. Meine Bitte an Sie kann deswegen nur sein, diesem Etat heute in der vorgelegten Form zuzustimmen, aber gleichzeitig das Präsidium, den Generalsekretär, den Bundesschatzmeister aufzufordern, Ihnen etwa im Sommer dieses Jahres, der Zeitpunkt wäre noch abzustimmen, erneut über die Durchführung dieses Etats und über die Möglichkeiten einer auch strukturellen Änderung wenigstens in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu berichten.

Barzel: Ich danke dem Generalsekretär für den Bericht, der Bericht war klar. Wird das Wort dazu gewünscht?

Lampersbach: Es ist sicher selbstverständlich, daß ich gleich, da ich direkt angesprochen bin, kurz Stellung dazu nehmen möchte. Ich habe Gelegenheit bekommen, Herr Dr. Barzel, Ihnen meine Vorstellung über die Art der Direktion, wie ich mir das vorstelle, zu unterbreiten, ebenso wie auch ganz kurz Herrn Dr. Kraske und früher auch dem früheren Bundesschatzmeister¹⁷. Ich glaube, daß es im Interesse der Partei sicherlich zweckmäßiger wäre und sehr viel interessanter, wenn die Partei einheitlich finanziert wird in ihren Untergliederungen, zu denen auch die Mittelstandsvereinigung gehört, die ebenfalls von der Bundespartei finanziert wird. Aus vielerlei Gründen würde ich das für sehr viel zweckmäßiger halten, als in dem Stil der Vergangenheit fortzufahren, daß jede Vereinigung oder jeder Ausschuß eine Selbstfinanzierung betreibt. Es ist sicherlich, ohne die Vereinigungen damit zu diskreditieren, ein Unter-

17 Kurt Schmücker.

schied, ob der Parteivorsitzende, ob die Partei einen spendenwilligen Mann anspricht oder ob das von einer Vereinigung ausgeht. Ich halte das auch im Sinne der politischen Aufgabe und Durchsetzung für zweckmäßiger, wenn das zentral gemacht werden könnte. Das zum Grundsatz.

Nun die Frage, Herr Dr. Kraske, stellt sich natürlich, wie Sie sich das gedacht haben, wie die Mittelstandsvereinigung z. B. mit den hier ausgewiesenen 48.000 DM durchkommen soll. Ich habe den Entwurf sehr aufmerksam gelesen und dabei festgestellt, daß Sie bei allen Positionen, sächlich als auch personell, die selbstverständlichen Erhöhungen, die sich aus der Entwicklung ergeben, miteinkalkulieren. Bei uns machen sie einen ganz gewaltigen Abstrich, obwohl ihnen ja auch bekannt sein muß, daß ich vor 1 ½ Jahren auf der Karte der Bundesrepublik ganz erhebliche weiße Flecken, was Mittelstandsarbeit betrifft, vorgefunden habe. Und wir dürfen uns sicherlich darüber im Klaren sein, daß das Wahlergebnis 1973 weitgehend davon abhängig ist, die 12 %, die 1969 anders gewählt haben, zurückzugewinnen und vielleicht noch einige Prozente dazu. Das setzt natürlich sensible Kleinarbeit voraus, so wie sie eingangs hier auch bei einigen anderen Dingen angesprochen worden ist. Wir sind tatsächlich in der Schwierigkeit – ich muß das hier im Vorstand vortragen – zu erleben, wie wir das materiell 1972, ganz abgesehen von dem dann darauf folgenden Wahljahr 1973, über die Bühne bekommen werden. Ich wäre daher sehr dankbar, ohne hier jetzt das Detail anzuschneiden, wenn wir recht bald, Herr Dr. Kraske und Herr Kiep, Gelegenheit nehmen könnten, uns darüber zu unterhalten. Abschließend noch einmal, ich persönlich würde es bei den Überlegungen aller interessanter Details, die mit einer Situation wie hier zusammenhängt, begrüßen, wenn wir hier zu einer anderen Marschroute kommen könnten.

Kraske: Darf ich gleich ein Wort dazu sagen und im übrigen ein Mißverständnis oder eine Unklarheit aufklären, die mir Herr Lorenz eben genannt hat. Herr Lampersbach, daß Sie dieselbe und im Zweifelsfalle mehr Arbeit leisten müssen bei der Bedeutung der von Ihnen angesprochenen Gruppe, ist völlig klar. Aber meine Überlegung und unsere Überlegung bei der Aufstellung dieses Etats war: Wenn es nicht gelingt, aus dieser Gruppe heraus durch eine zusätzliche Leistung die relativ geringen Kosten aufzubringen, die diese Arbeit kostet, dann habe ich auch für den Erfolg dieser Arbeit in diese Gruppe hinein nicht so sehr viele Hoffnungen. Mit anderen Worten, nach meinen Erfahrungen aus unseren Kreisverbänden sind gerade die von Ihnen Betreuten in unserem Lande in letzter Zeit in einer ganz eindrucksvollen Weise bereit, sich für die CDU stärker als bisher zu engagieren – in Klammern, Mitglieder zu werden und finanzielle Beiträge außer der Reihe für die Partei zu leisten. Und wenn es hier darum geht, zusätzliche 30.000 bis 100.000 DM zu werben für diese Arbeit, meine ich, müßte das in dieser Gruppe gelingen. Und unsere Überlegung – und da stimmt mir auch Herr Kiep zu – ist die, daß man manche Kreise zu einer höheren Spende veranlaßt, wenn man ihnen sagen kann: „Dies kommt unmittelbar der Arbeit Eurer Mittelstandsvereinigung zu, und es fließt nicht nur in den allgemeinen Topf.“ Unsere Überlegung war also, unser Spendenaufkommen im Ganzen dadurch nicht zu vermindern, sondern im Gegenteil zu vermehren.

Zu der Bemerkung von Herrn Lorenz folgendes: Ich habe den Eindruck, daß ich nicht hinreichend klargemacht habe und daß das auch aus dieser Vorlage nicht hinreichend hervorgeht, was der Sonderetat und was der Eventualetat ist. In der Ihnen vortragenen Einnahmerechnung sind beide enthalten. Das geht aus dem Papier hervor. Der Sonderetat ist ein zwingender Bestandteil des Gesamtetats, er enthält nämlich diese durchlaufenden Positionen, er heißt nur Sonderetat aus Gründen der allgemeinen Abrechnung, auch bei Ihnen in den Kreis- und in den Landesverbänden. Der Eventualetat unterliegt einer besonderen Sperre, die nur durch den Bundesschatzmeister mit mir zusammen aufgehoben werden kann. Beispiel: In dem Eventualetat, Seite 9 bitte ich Sie aufzuschlagen, finden Sie etwa diese 1,2 Mio. DM Öffentlichkeitsarbeit. Oder Sie finden eine Auflagenerhöhung von UiD in der in meinen Augen lächerlichen Marge von weiteren 2.000 Stück. Beides kann nicht, wenn heute dieser Etat verabschiedet wird, Herr Hennig in Gang bringen, sondern beides wird zurückgestellt, bis Herr Kiep mitteilt: „Dafür kann ich die Deckung geben.“ Über die Unzulänglichkeit dieser Ansätze nur ein Wort, anhand dieser UiD-Auflagenerhöhung: „Union in Deutschland“; der interne Arbeits- und Informationsdienst für unsere aktiven Mitarbeiter, hat eine Auflage von zur Zeit, glaube ich, 11.000 Stück. Wir rechnen damit, wenn Sie alle unsere wirklich aktiven Leute vom Ortsvorsitzenden bis zu den Kommunalpolitikern nehmen, haben wir einen Anteil von etwa 30.000 bis 35.000. Wenn wir den UiD auf diese Auflage, in meinen Augen die Soll-Auflage, die wir für die Wahl erreichen müßten, heraufsetzen wollten bei gleichem Umfang, gleicher Erscheinungsweise, würde das weitere 500.000 DM in diesem Etat kosten. Deswegen also dieser sehr bescheidene Ansatz, auch er gehört zu den Positionen, die ich liebend gerne im Laufe dieses Jahres über diesen Etatansatz heraufsetzen würde, wenn wir einigermaßen mit der finanziellen Deckung rechnen könnten.

Amrehn: Den Herrn Generalsekretär möchte ich in der Meinung bestätigen, daß es in bestimmten Bereichen leichter ist, zweckgebundene Finanzierung zentral zu machen. Ich glaube, das ist der Fall im Augenblick gerade auch für den Mittelstandsbereich. Nicht ganz verstanden habe ich eben aber, Herr Kraske, daß Sie sagten, der Eventualhaushalt sei auf der Einnahmenseite in der Seite 1 enthalten. Ich darf das wohl so verstehen, der Eventualhaushalt hat überhaupt gar keine eigenen Einnahmen, sondern nur eine Ausgabenseite, die bestritten werden muß mit den Einnahmen ... (*Kraske:* Jawohl, richtig!). Eine Dauererscheinung unseres Haushaltes ist nun allerdings immer der Posten der Dauer- und Sachschulden zwischen 9 und 10 Mio. DM. Verstehe ich es richtig, Herr Kraske, daß Sie gesagt haben, wenn der Schatzmeister etwa 7,7 Mio. DM besorgt, dann wären auch diese Dauerschulden beseitigt? Ich darf das wohl so richtig verstehen. Wenn das so ist, dann kann man allerdings für die Planung zum Bundeswahlkampf wohl davon ausgehen, daß nicht alle Schulden gedeckt sein müssen, wiewohl sie die Zinsen von rund 1 Mio. jährlich immer wieder neu durchrücken. Aber meine Frage, die ich hier zu stellen habe, bezieht sich darauf, mit welcher Wahlkampfkostenerstattung ist denn im Jahre 1973 noch zu rechnen, neben den 12 Mio., die für dieses Jahr vorgesehen sind? Wann werden die gezahlt und in welchem Umfang decken sie die voraussichtlichen Wahlkampfausgaben? Und meine dritte

Frage bezieht sich darauf, ob man von Herrn Kiep heute schon ein wenig mehr hören kann über den Erfolg der Spendenaktion, die er unternommen hat. Ich möchte im übrigen gern, daß wir den Antrag stellen, um den Herr Kraske gebeten hat, dem Vorstand über die Entwicklung des Haushalts und seine strukturelle Umgestaltung am 12. Juli oder 18. August, einer der beiden Vorstandssitzungen, wieder zu berichten.

Kiep: Ich bitte sehr um Entschuldigung, Herr Amrehn, daß ich gerade hier von Herrn Windelen angesprochen wurde, als Sie Ihre Frage stellten. Ich habe Sie so verstanden, daß sie gefragt haben, ob die Tilgung der Schulden, die hier bestanden und auch noch bestehen, in die Planung, die Herr Kraske hier vorgetragen hat, einbezogen sind oder nicht.

Amrehn: Ich verstehe es so, wenn Sie 7,7 Mio. DM beschaffen könnten, dann sind wir glatt.

Kraske: Wenn dies so gefahren wird, fragt Herr Amrehn, ob wir dann zum 31. Dezember 1972 glatt sind. (*Amrehn:* Ich verstehe es so, ich möchte es mir nur gerne bestätigen lassen.)

Kiep: Wir haben, ich habe ja den Bericht neulich gegeben, einen Schuldenstand von zwischen 11 und 12 Mio., per 31. Dezember rund 12 Mio., das hat sich jetzt also etwas verändert vorgefunden. Ich gehe davon aus, daß es uns gelingen muß, diesen Schuldenstand zu tilgen und daß wir diesen Schuldenstand nicht unverändert vor uns her tragen können und außerdem die Wahlkampffinanzierung völlig getrennt von diesem Schuldenstand durchführen. Die Tilgung der Schulden und das Maß und das Tempo, in dem das gelingt, hängt natürlich allein davon ab, wie unsere Bemühungen laufen, wobei wir das besondere Handikap haben, daß wir bei unserer Spendenansprache in den kommenden zwei Jahren, oder 22 Monaten genauer gesagt, den Spendenwilligen klar machen müssen – Herr Barzel hat es heute morgen schon gesagt –, daß wir die Spenden nicht benutzen wollen, um die Schulden zu bezahlen. Denn wenn wir das täten, würden wir eine latent vorhandene Bereitschaft eher verringern als verstärken. Und wir versuchen also, die Schuldentilgung weitgehend vorzunehmen aus den Mitteln, die wir selber hereinbekommen. Da läuft ja einiges, es läuft einmal die 10-DM-Umlage, zu der der frühere Parteivorsitzende Kiesinger aufgerufen hat. Mein Appell geht an alle Landesvorsitzenden, das doch möglichst zu beschleunigen, daß diese Dinge eingehen. Der Eingang ist außerordentlich unterschiedlich. Zweitens ist die Frage, wie es uns gelingt, die Beschlüsse von Saarbrücken tatsächlich durchzuführen, d. h. die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Von daher hoffen wir, daß wir etwas tun können.

Auf der anderen Seite gehen wir den Schuldenberg von der Seite aus an, daß wir unsere Banken bitten zu erkennen, daß es im Grunde unmoralisch ist, von einer staatstragenden Partei Zinsen zu nehmen wie von einer Margarine-Fabrik. Wir liegen bei ungefähr einem Diskontsatz plus 4 % im Augenblick. Wir versuchen also von daher, die Vermehrung der Schuldenlast durch Senkung der Zinsen zu verringern. (*Unruhe.*) Der Mindestsatz ist der Diskontsatz, das ist unser Ziel, und da gibt es auch eine gewisse Bereitschaft. Der Schuldenstand wird aber in den kommenden Monaten und Jahren immer noch sehr stark variieren und gewissen Schwankungen unterworfen sein, weil wir natürlich im Verlauf der anfallenden Wahlkampfkosten Möglichkeiten für Skonti

und Rabatte usw. ausnützen müssen durch schnelle Bezahlung. Es wird uns nicht gelingen, den Spendeneingang synchron mit den Ausgaben zu erreichen. Ich könnte mir vorstellen, daß aus anderen Gründen gewisse Regelungen erst im Jahre 1973 nach Beendigung des Bundestagswahlkampfes erfolgen. Wie also der Schuldenstand sich im einzelnen entwickeln wird, ist im Augenblick schwer zu sagen. Aber wir gehen davon aus, daß wir auf jeden Fall den jetzigen Schuldenstand unter gar keinen Umständen bis zur Bundestagswahl unverändert beibehalten.

Kraske: Herr Kiep, darf ich zur Verdeutlichung nur noch eine Frage stellen? Ich habe Herrn Amrehn so verstanden, wie ich selber auch dieses Papier, dessen erste Seite ja von Ihnen und Herrn Nathan¹⁸ gemacht ist, so verstanden habe, daß unter der Ziffer in Zeile 4 „Verbindlichkeiten aus den Vorjahren“ sozusagen die Schulden per 31. Dezember 1971 gemeint sind. Wenn ich dann diese Anmerkung hier unten lese, vermindern sich diese Schulden sozusagen noch um Forderungen in Höhe von 4,1 Mio. Dann könnte Amrehns Frage, wenn das richtig ist, eigentlich nur mit einem klaren Ja beantwortet werden, daß nämlich, wenn dieser Etat so läuft, wie er hier steht, wenn also Einnahmen von insgesamt 11,2 Mio. erbracht werden oder die unten stehenden Forderungen hereinkommen, daß dann zwar keinerlei Rücklage für die Bundestagswahl besteht, wir aber am 31. Dezember keine Schulden mehr haben.

Kiep: Richtig! Wenn wir also die Bundestagswahl vergessen könnten und sie nicht hätten, dann wären hiermit die vorhandenen Schulden, auf die Sie ansprechen, Herr Amrehn, vom Tisch.

Kraske: Darf ich eine weitere Bemerkung, die für uns alle wichtig ist, machen. Ich will niemand die Schuld dafür zuschieben, das wäre auch sicher ganz ungerecht, aber Sie werden mit mir zugeben, daß man bis zum Herbst und manchmal auch noch darüber hinaus, in der Öffentlichkeit gelegentlich die Eindruck gewinnen konnte, die CDU würde mit ihren Schulden renommieren. Das tut niemand auf dieser Welt, und ich würde das auch der CDU nicht anraten. Ich habe deswegen jede Gelegenheit in letzter Zeit genutzt, und Herr Kiep tut das auch, eine etwas optimistischere Betrachtung in diese Geschichte reinzubringen, ohne dadurch den Appell an die Solidarität unserer Mitarbeiter aufzugeben. Wenn ich dieses hier sehe und feststelle, daß neben den 9,8 Mio. Verbindlichkeiten 4,1 Mio. an Forderungen bestehen, wäre es doch mindestens nach außen hin eigentlich gar nicht angebracht, von 10 Mio. DM Schulden zu sprechen, sondern im Grunde von etwas über 5 Mio., denn das andere sind ja doch wohl eigentlich keine Schulden. (*Amrehn:* Es sind an sich Forderungen, und deswegen kann man sie nicht ausweisen.) Gut, aber jedenfalls würde ich doch sagen, wir sollten alle aus diesen Zahlen und diesen Erklärungen von Herrn Kiep die Folgerung ziehen, daß wir nach außen zwar auf die riesige Aufgabe der Finanzierung für 1973 hinweisen, aber von dem Reden über die Schulden nun langsam etwas herunterkommen. Ich glaube, daß das der CDU nur gut täte. Es gibt eine weitere Frage von Herrn Amrehn, die Herr Nathan beantwortet, Eingang der öffentlichen Mittel im Jahre 1973.

18 Andreas Nathan (1917–2004), 1951–1982 Leiter der Abteilung Verwaltung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 930 Anm. 3.

Nathan: Ja, 1973 wird nach der Bundestagswahl 40 % gezahlt, die noch mal rund 12,7 Mio. ausmachen. (*Zwischenruf:* Aber erst nach der Wahl!) Nach der Wahl, ja. (*Zwischenruf:* Wieviel? – *Kraske:* 12,7 Mio. Aber noch 1973?) Im Jahr 1973, weil das Ergebnis der Wahl abgewartet werden muß. Dieser Betrag wird sich ändern, entsprechend dem Wahlergebnis.

Kraske: Sozusagen dann die Schlußabrechnung. Alles andere sind ja Vorschüsse auf 1973. (*Unruhe und Diskussion.*) Weitere Fragen?

Lorenz: Ich wollte fragen, wieviel Geld von der 10-DM-Umlage und von der Umlage der Landtagsfraktionen reingekommen ist?

Nathan: Es sind eingegangen rund eine halbe Million (*Unruhe.* – *Zwischenruf:* Für beide Positionen oder wie?) Nein, nein, nur für die 10-DM-Umlage. Von den Fraktionsumlagen sind bisher 30.000 DM eingegangen und zwar nur von Rheinland-Pfalz. (*Zwischenruf:* Was?!) Ja!

Kraske: Können Sie bitte sagen, Herr Nathan, was von wieviel, nur dann sieht man ja ein bißchen die Prozentanteile. (*Unruhe.*) Wieviel hätten wir zu bekommen und wieviel ist eingegangen? Herr Kiep, vielleicht erst Sie, dann kann Herr Nathan die Zahlen inzwischen zusammenstellen.

Kiep: Ich habe mit Herrn Dr. Kraske verabredet, daß wir in der Sitzung des Präsidiums¹⁹ mit den Landesvorsitzenden und den Landesgeschäftsführern am 21. Februar das Thema der Beiträge der Mandatsträger auf die Tagesordnung setzen. Wir haben festgestellt, daß das nach wie vor überhaupt sehr uneinheitlich, wenn überhaupt, gehandhabt wird. Und ich habe festgestellt, daß es aus dem Jahr 1970 einen Beschluß gibt, in dem das mit prozentualen Beteiligungen geregelt ist, also sozusagen dynamisch geregelt ist. Aber wir haben auch festgestellt, daß das keineswegs überall praktiziert wird. Ich wollte vorschlagen, daß wir dann darüber sprechen und die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen, soweit sie betroffen sind, es übernehmen, diese Beiträge nun tatsächlich zugunsten der Landesverbände einzuziehen.

Nathan: Also von der 10-DM-Umlagen sind genau 475.000 bis zum 31. Dezember eingegangen, d. h. also 14,4 % sind gezahlt. Dazu ist folgendes zu sagen: Wie wir auf der letzten Landesgeschäftsführerkonferenz²⁰ feststellten, haben verschiedene Landesverbände bereits die 10-DM-Umlage kassiert, aber noch nicht an uns abgeführt, weil sie selber Schulden haben und zunächst mal ihre eigenen Schulden, Bankschulden, damit abgedeckt haben.

Von Hassel: Ich habe zwei Anregungen und eine Bemerkung. Die erste Anregung: Der Landesvorstand in Kiel hat festgestellt bei seiner letzten Veranstaltung über Fragen des Etats und der Finanzierung der Partei, daß es eine Reihe von Freunden gibt bei uns in Kiel und im Land Schleswig-Holstein, die ein sehr interessantes System ausknobelt haben, mit dem sie sich örtlich auf Kreisebene finanzieren. Ich nenne ein

19 Protokoll vom 21. Februar 1972 in ACDP 07–001–1405.

20 Beschlossen wurde die Umlage auf der Sitzung des Bundesausschusses am 10. Mai 1971 (Protokoll in ACDP 07–001–606). – Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 18./19. Januar 1972 in ACDP 07–001–514.

Beispiel: Herr Narjes²¹ hat ein paar Leute aus der Rechtsanwaltschaft zusammengerufen und gesagt: „Ihr sollt jetzt dafür sorgen, daß aus Eurem Berufsstand 600/1.200 DM steuerfreie Beträge kassiert werden. Du bist dafür verantwortlich. Los! Du gehst zu den Ärzten, Du gehst zu den Zahnärzten und den Apothekern und Ihr macht das in der Wirtschaft.“ Er hat sich in der Zwischenzeit eine ganze Menge schon für 1973 auf diese Weise einwerben können. Ein anderer Kreis macht es so, daß sie durch Kommunalbeschuß die Tagegelder in den Kommunalparlamenten relativ hochgesetzt haben und diese kommunalparlamentarischen Tagegelder bis auf, ich glaube, ein Viertel an die örtliche Partei abführen. Wir haben deshalb vorgeschlagen, daß man diese verschiedensten Modelle, die bereits erprobt sind, zusammenträgt, weil man zwar nicht alles überall gleichzeitig nachvollziehen kann, aber wahrscheinlich aus einem Bündel von zehn solchen Modellen, die man erprobt hat, andere wahrscheinlich eine Anregung bekommen könnten. Vorschlag von mir, daß das einmal gemacht wird, denn es gibt eine ganze Reihe von Kreisverbänden, die auf diese Weise sich wirklich einen Fundus geschaffen haben, weil ihnen was eingefallen ist.

Punkt Nummer 2 ist nun der Etat hier. Meine zweite Anmerkung: Herr Generalsekretär, wenn Sie sich bei den personellen Kosten – und die personellen Kosten machen bei Ihrem Etat ja ungefähr 40 bis 45 % aus – einmal den Stellenplan ansehen, beispielsweise auf der Anlage Seite 3, zur Abteilung 3, der Politik – ich nehme das nur mal als ein Beispiel, da stellt sich mir die Frage, ob nicht auch ähnliche Aufgaben – wie sie hier in verschiedensten Gruppen enumerativ aufgeführt werden, bei der Fraktion gleichfalls gemacht werden. Meine Bitte ist nicht, daß man heute dazu antwortet, sondern ob es nicht sinnvoll wäre, nachdem jetzt Ihr Apparat eingefahren und das Verhältnis zur Fraktion durch vielfältige Querverbindungen gut ist, daß Sie mit den Geschäftsführern der Fraktion, die den besten Überblick haben, klären, was eigentlich müssen wir in der Partei machen und was kann die Fraktion in unserem Auftrage tun. Und umgekehrt, wieweit das, was wir vielleicht gleichzeitig für die Fraktion mitmachen, die Fraktion dafür eine gewisse Erstattung an die Bundespartei leisten kann. Ich behaupte, sie kann es. Wenn sie es vielleicht nicht in bar kann, dann kann sie es, indem sie dann die Personen in ihre Gehaltsliste mit übernimmt.

Meine Bitte Nummer 2 ist also, daß Sie, sobald Sie sich eingearbeitet haben mit dem neuen Apparat und dem neuen Haus, einfach mit der Fraktion Tacheles reden über das, was man in der Aufgabenteilung an einer Stelle macht und nicht an zwei Stellen. Ich weiß nicht, ob es meinen anderen Kollegen in der Fraktion so geht, wir kriegen einen Riesenhaufen Papier. Wir kriegen automatisch abgezogen alle Reden usw.; das kann kein Mensch verarbeiten. Wir kriegen das alles, ich z. B. wahrscheinlich doppelt oder dreifach, als Mitglied der Fraktion, als Mitglied des Fraktionsvorstandes, als Mitglied des Parteipräsidiums. Was soll man damit machen? Man nimmt es ausein-

21 Dr. Karl-Heinz Narjes (geb. 1924), Jurist; 1958–1969 Tätigkeit in der Kommission der EWG, 1967 CDU, 1969–1972 MdL Schleswig-Holstein, 1969–1973 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein, 1972–1981 MdB, 1981–1989 EG-Kommissar, 1985–1989 Vizepräsident der EG-Kommission.

ander nur für die Punkte, die einen wirklich interessieren. Es ist zu viel, es ist nicht aufbereitet, es kommt von zu vielen Seiten, zu viele beschäftigen sich damit. Meine Bitte ist, innerhalb der nächsten drei Monate zu versuchen – und zwar jetzt sage ich es auch mal im Interesse von uns –, das so aufzuarbeiten, daß man nicht überfüttert wird, sondern daß das Material besser aufbereitet und nachher breiter gestreut wird, nicht mit zwei Apparaturen drüben in der Fraktion, drüben im Adenauer-Haus, sondern an einer Stelle.

Herr Dr. Kraske, mir wird allgemein in der Fraktion gesagt, daß die Arbeitskreise, die ja z.T. einen guten Apparat haben, sehr stark nur dem Vorsitzenden zuarbeiten, während die Koordination innerhalb der Arbeitskreise der Fraktion auch mit anderen, parallelen Arbeitskreisen nicht ausreicht. Das ist keine Kritik, ich würde es schon gar nicht tun in Abwesenheit des Vorsitzenden, der kann das auch gar nicht alles wissen. Meine Bitte ist also, Nummer 2, daß Sie das wirklich einmal innerhalb der nächsten drei Monate durchforsten. Wir können, glaube ich, die Arbeitsintensität, mit der an vielen Stellen gearbeitet wird, vereinfachen und damit auch einiges einsparen.

Das dritte, was ich sehr begrüße, ist, daß Sie uns nochmal nachher hier zusammenrufen zu diesem Punkt, weil ich glaube, daß es ein paar Bereiche gibt, die man überbesetzt hat, und weil ich glaube, daß – von alters her – ein paar Bereiche unterbesetzt sind. Da spreche ich z.B. für das neu eingerichtete, auf der allerletzten Seite ganz hinten stehende Auslandsbüro. Seit wir das haben in der Gestalt von Dr. Böx²², können wir uns nicht wehren vor Kontaktersuchen aller möglichen Seiten, die uns als Ansprechpartner haben wollen. Herr Dr. Schröder schüttelt das Haupt, ich kann Ihnen nur sagen, bisher war keiner da. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Jetzt ist einer da, und man sieht, in welchem Ausmaße dieses Büro wirklich in Anspruch genommen wird. (*Zwischenruf:* Das wird viel Geld kosten!) Das wird nicht viel Geld kosten, das können wir sehr vernünftig machen. Es kommt nur darauf an, wie man es macht. Ich glaube, das sind wir auf einem guten Wege. Man sollte das vielleicht bei der Gelegenheit einfach überlegen. Von der Auslandsarbeit, das haben wir heute morgen gehört im Parteiausschuß, hängt ab, in welcher Form ausländische Freunde beispielsweise in Straßburg gegen uns votieren. Daß die Konservativen mit von der Partie sind und beispielsweise diese verrückte Ost-Politik noch bejahen, liegt doch z.T. daran, daß wir einfach diese Auslandskontakte nicht hinreichend systematisch haben pflegen können. Das geschieht zur Zeit in einer sehr guten Form. Ich gebe nur einmal als Anregung und als Bitte, daß man das später noch einmal besprechen kann, weil ich glaube, daß dieser Punkt noch nicht ausreichend behandelt worden ist.

Kraske: Darf ich zwei Bemerkungen zur Beantwortung machen: Punkt 1, Ihren Hinweis auf die Erfahrung in Schleswig-Holstein finde ich sehr wichtig. Dieses ist das, was wir im Präsidium erörtert haben unter dem Stichwort „Modell-Diskussion“. Ich halte überhaupt nichts davon, daß wir etwa unter dem Wort „Parteireform“ etwas völ-

22 Dr. Heinrich Böx (1905–2004), Diplomat; nach Eintritt in den Ruhestand von 1971–1977 Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1456 Anm. 23.

lig Neues erfinden könnten oder müßten. Worum es geht, ist, daß wir mehr voneinander lernen und daß wir da, wo es nicht klappt, fragen, wo klappt es eigentlich in punkto Mitgliederwerbung, in punkto Beitragswerbung, in punkto Öffentlichkeitsarbeit, und warum klappt es dort besser als bei uns? Die Voraussetzung dafür ist aber natürlich, daß Kreisverbände, die einen solchen Erfolg haben, sich dieses Erfolgs auch mal berühren und nicht ihr Licht unter den Scheffel stellen. Dies ist auch ein Thema für unsere Landesvorsitzendenkonferenz. Wir müssen hier einfach die horizontale Information in der Partei wesentlich verbessern.

Zum zweiten Punkt, Herr von Hassel, Sie wissen auch aus unserer Diskussion im Präsidium, daß die bessere Koordination mit der Fraktion für mich eine ganz wichtige Aufgabe ist. Ich fürchte, daß das nicht unbedingt zu einer Stelleneinsparung führen kann. Gerade die Abteilung, die Sie genannt haben, ist ja im wesentlichen zuständig für die Betreuung der Parteifachausschüsse, was die Fraktion nicht übernehmen kann, für die Betreuung unserer Publikationen, was wahrscheinlich in der Fraktion dann eher etwas zu kurz käme. Meine Befürchtung ist, daß im Augenblick diejenigen in der Fraktion, die jetzt neu die Verantwortung für die Finanzen übernommen haben, eher dahin tendieren, wo zahlt hier womöglich die Fraktion was, was wir nicht unbedingt zahlen müssen, das wollen wir mal ganz schnell an die Partei zurückgeben, als umgekehrt. Ich habe da leider ganz konkrete Erfahrungen. Deswegen werden wir dieses Thema im Präsidium mit dem Parteivorsitzenden, in diesem Augenblick in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender, noch zu besprechen haben. Bei den Publikationen ist es so, daß jeder von uns prinzipiell einer Vereinfachung und Straffung das Wort redet. Wenn diese Publikationen aber mal alle auf dem Tisch liegen, wie wir das zwischen Weihnachten und Neujahr gemacht haben, und es dann darum geht, welche streicht man denn davon, die des Landesverbandes X oder die der Vereinigung Y oder die, die diesem Sachthema dient, wird es sofort sehr viel schwieriger. Wir sind an der Arbeit; soweit es irgend möglich ist, muß das geschehen. Aber es ist ein sehr langwieriger Prozeß, und ich wäre schon jetzt dankbar, daß Sie uns unterstützen dann im Gespräch mit all denjenigen, deren Publikationen eingestellt, verbilligt, gekürzt werden sollen. (*Unruhe und Diskussion.*)

Köppler: Ich kann mich ganz kurz fassen, ich wollte in dieselbe Richtung zielen, in die Herr von Hassel gesprochen hat. Sie haben es selbst gesagt, Herr Dr. Kraske, der Rationalisierungseffekt ist noch unbefriedigend in diesem Etat. Bei dieser Etatstruktur kriegen wir erstens an positiver Position nicht heraus, was von der Bundesgeschäftsstelle erwartet wird. Diese Struktur ist kopflastig, was die Verwaltungsausgaben und die Personalausgaben angeht zu den eigentlich produktiven Mitteln. Ich fürchte, es passiert sogar noch etwas Negatives, wenn es so bleiben sollte. Wir werden Frustrationserscheinungen, wie man das neuerdings nennt, gar nicht ausschließen können. Ich gebe ohne weiteres zu, das ist sicher bis zur Verabschiedung und zur Aufstellung dieses Etats nicht schaffbar. Aber ich will unterstreichen, was Sie selber gesagt haben: Wir dürfen uns bei dieser Etatstruktur nicht beruhigen. Die muß im Sinne der Überprüfung auch noch aller Möglichkeiten, die Herr von Hassel angeregt hat, verbessert werden. Ich meine, wir sollten, selbst wenn wir, und wir müssen das, diesen

Etat jetzt verabschieden, diese Aufgabe nicht vertagen auf die Etataufstellung des Jahres 1973, sondern wir sollten den Vollzug des Haushalts 1972 immer unter dem Vorbehalt einer Verbesserung der Etatstruktur begreifen.

Lampersbach: Herr Amrehn ist eben rausgegangen. Trotzdem muß ich noch einmal drauf zurückkommen. Es ist eine Tatsache, daß eben immer wieder in der Masse die wirtschaftliche Schwäche der CDU angegangen wird. Und daß wir als Vereinigung ja nur einer der Antragsteller sind und dann natürlich auch im Rahmen dieser Vielzahl der Ansprachen eventuelle Rücksichtnahmen oder eine Anpassung der Verteilzahlen zu beachten sind, macht die Sache schwieriger. Sie wissen, ich weiß es auch, es ist hier gesagt worden, daß größere Beträge aufgrund unserer Initiative der Bundespartei gegeben worden sind. Bei unseren Spendenaufrufen wird uns dann die Antwort gegeben: „Wir haben ja jetzt bereits an die Bundespartei gezahlt, und sie können daraus bewilligt werden.“ Ich stehe vor der Frage, in zwei Monaten ist der Bundesgeschäftskongreß in Mannheim auszurichten und drei Wochen später ein weiterer kleinerer Kongreß in Ravensburg. Sie wissen, wie das mit den Kosten aussieht und daß wir, Herr Dr. Kraske, ich habe Ihnen die Bücher offen gelegt, mit null DM zum 1. Januar 1972 dastehen, wenn ich da mal die paar Mark Schulden, die wir haben, nicht rechne.

Wir gehen also, sowohl was die Personalkosten betrifft als auch die ganzen Materialkosten, jetzt in eine Wahlauseinandersetzung in Baden-Württemberg, von der wir gar nicht wissen, wie wir das bezahlen sollen. Ich müßte also, wenn das heute verabschiedet werden soll, nur nein dazu sagen. Sie müßten mir einräumen, daß wir in Kürze noch mal ein Gespräch haben, wo wir die Möglichkeit erörtern können, wie wir zumindest die Kongreßkosten für Mannheim, die überhaupt nicht ausgelobt sind, von den Abschlägen mal abgesehen, diese zumindest decken können. Das ist zunächst mal Punkt 1.

Das zweite möchte ich sagen zu den Ausführungen von Herrn von Hassel. Wir haben festgestellt, daß nach 1969, als die Ministerien plötzlich weggingen, eine absolute Unterorganisation der Partei sichtbar wurde, und alles, was mit der Öffentlichkeitsarbeit der Partei auf die Partei zukam, zumindest unzulänglich organisiert war. Ich halte das, was Sie gesagt haben, für durchaus wünschenswert oder für eine gute Anregung, aber es darf dabei in keinem Fall eintreten, daß die Partei in ihrer Organisation unter Umständen geschwächt wird, weil wesentliche und wichtige Voraussetzungen in dem technischen Apparat plötzlich nicht mehr vorhanden sind. Ich stehe aber mit Ihnen auf dem Standpunkt, daß die Partei in vielen Dingen eine weitergehende Aussage machen sollte oder müßte, als das z. B. die Fraktion in vielen Fällen kann. Aus dem Grund ist natürlich auch die Überarbeitung all der Dinge notwendig, die auf die CDU insgesamt, unterteilt in Fraktion und Partei, zukommen durch dieses zweigeteilte Verfahren aus der Kenntnis der Fraktionsarbeit und aus der Kenntnis der Parteiarbeit. Das sollte in einem Ausschuß so durchgeführt werden, wie es eben geht.

Zu der Frage der Finanzierung, Herr Generalsekretär, gibt es ja nur eine Antwort. Wir müssen eben mehr Mitglieder haben, wie das heute gesagt worden ist, und wir müssen höhere Beiträge für alle Beteiligten, d. h. Bund-, Länder- und auch Kreisparteien, bekommen. Und wenn wir das nicht kriegen, dann werden wir eben auch in

einigen Jahren noch darüber orakeln, wie wir das abdecken können. Und lassen Sie mich ein letztes sagen: Die Freunde von den Sozialausschüssen stehen vor der schwierigen Aufgabe, jetzt bei Betriebsrätewahlen sich mit den anderen Bewerbern auseinanderzusetzen. Die DKP hat allein im Rhein-Ruhr-Gebiet 354 Publikationsorgane, wir haben ein einziges, glaube ich. Die DKP mutet ihren Mitgliedern zu, zwischen 10 und 22 DM Beitrag zu zahlen. Ich glaube, daß das hier sicherlich eine Frage sein sollte, die Beitragsregelungen neu zu überdenken. Das, was Herr von Hassel über die Finanzierung gesagt hat, kann mit einbezogen werden in diese Überlegungen, aber daß wir dabei auch, Herr Generalsekretär, überlegen müssen, daß unsere Mitglieder nicht auch in punkto Beitrag von drei oder vier oder fünf oder zehn Seiten gleichzeitig in derselben Sache angesprochen werden.

Kraske: Herr Lampersbach, darf ich Ihnen vorschlagen, daß wir diese Position, Sie haben das angedeutet, sozusagen mit einem Sternchen versehen und sagen, das wird geklärt zwischen Ihnen, Herrn Kiep und mir? Zu der Frage der Kongresse muß ich allerdings sagen, daß die bei mir bisher in keiner Weise irgendwo angemeldet worden sind und ich das für Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg gehalten habe. Aber auch das wollen wir in dieses Gespräch einbeziehen, ich glaube, wir brauchen das jetzt hier nicht zu vertiefen. Es liegt noch eine Wortmeldung vor, darf ich Ihr Einverständnis voraussetzen, wenn wir die Verhandlungen so führen, daß wir etwa gegen vier die Sitzung beenden können, da eine Reihe von weiteren Terminen anstehen.

Langguth: Herr Lampersbach hat eben die Frage aufgeworfen, wie denn z. B. die Mitgliedsbeiträge erhöht werden können. Wir haben nun vom RCDS in den letzten Wochen einmal alle Studenten, die wir durch die Zentralkartei habhaft machen konnten, angeschrieben mit der Frage, welche Kooperationsmöglichkeiten bestehen zwischen dem RCDS und diesen angeschriebenen Studenten. Wir haben dort Antwortkarten dazugelegt und haben dann feststellen müssen, daß ein Großteil der Antwortkarten von Leuten kam, die keine Studenten mehr sind. Wir hatten z. B. von der Partei Herrn Leo Schütze, der ja bestimmt kein Student mehr ist, (*Heiterkeit.*) jedenfalls bei seinem Wohlstand ist der bestimmt kein Student mehr, oder andere Leute. Die Frage, die also an Sie zu richten ist, ist, welche Möglichkeiten gibt es, die Mitglieder der Partei zu überprüfen, damit einige Leute aus ihren Studentenbeiträgen herauskommen.

Kraske: Dieses wird nun auch für die zentralste Mitgliederkartei nicht möglich sein. Die individuelle Überwachung der Beitragshöhe, die dringend erforderlich ist, kann nur in den Kreisverbänden wahrgenommen werden, oder sie funktioniert nicht. Aber in den Kreisverbänden wird sie, wie ich glaube, viel zu wenig wahrgenommen. Wir sind hier von einer viel zu starken gutbürgerlichen Diskretion gegenüber Mitgliedsbeiträgen. Es gibt Landesverbände und Kreisverbände, wo über diese Frage offen bei Mitgliederversammlungen geredet wird unter Nennung von Roß und Reiter, wer wieviel bezahlt. Dies sind in der Regel die Landes- und Kreisverbände, wo das Beitragsniveau am schnellsten nach oben gegangen ist, weil sich dann nämlich keiner so gerne blamieren will. (*Unruhe.*) 1- oder 2-Mark-Beiträge werden in der Regel nur so lange gezahlt, wie es geheim bleibt. Man muß verhindern, daß es zu lange geheim bleibt.

Von Hassel: Darf ich an Herrn Langguth eine Frage stellen? Sie haben also, wollen wir mal sagen, 1.000 derartige Anfragen gerichtet. Sie haben jetzt Antwortkarten bekommen. Mich würde interessieren, ich finde es gut, daß manche nicht mehr Studenten sind, ein Zeichen, daß sie weiterkamen, was waren sonst die Antworten? Die Frage, die ich stelle, ist: Fühlen die sich jetzt irgendwie noch dem früheren RCDS, heute der CDU, verbunden, oder haben sie gesagt: „Ich will nicht, ich kann nicht mehr, ich bin ausgetreten“, oder ist die Resonanz sonst positiv?

Langguth: Zunächst einmal, laut neuester CDU-Statistik gibt es 12.147 Studenten. Als ich diese Zahl gelesen habe, habe ich gedacht, wo sind denn die Leute alle. (*Von Hassel:* Augenblick, wo gibt es die?) In der Jungen Union Deutschlands, einschließlich Bayern wohlgedemerk, währenddessen wir aus der zentralen Partei nur etwa ca. 6.000 Studenten haben belegen können, zu denen wohl Bayern nicht gehört, wenn ich das richtig weiß. (*Kraske:* Und nicht alle JU-Mitglieder, Herr Langguth, das wissen Sie.) Wir haben nun also etwa 6.000 angeschrieben und von den 6.000, ich habe jetzt die neuesten Zahlen nicht da, haben wir Antwortkarten, höchstens 150, erhalten. Und von diesen 150 war, ich schätze jetzt, ein Drittel von denjenigen, die keine Studenten mehr sind. Diese haben geschrieben, sie seien inzwischen Dozenten für katholische Theologie oder sonst etwas ähnliches, würden aber der Arbeit des RCDS weiter verbunden sein. Andere haben eine ganze Reihe interessanter Briefe geschrieben, daß man doch gegen die Roten mehr unternehmen müßte und ihre Kooperation weiterhin bekundet. Ein anderer Teil hat um Mitgliedschaft nachgesucht, und die meisten haben Informationsmaterial gewollt. Also für uns war die Resonanz, daß einige Leute uns auch Anregungen gegeben haben, sehr erfreulich. Aber die geringe Anzahl der Resonanz war im Grunde genommen etwas Erschreckendes, um es ganz zurückhaltend auszudrücken. Ich habe mit Herrn Echternach darüber ausführlich gesprochen, im Grunde genommen sind vielleicht 5% der JU- und CDU-Mitglieder, die gleichzeitig Studenten sind, vielleicht im RCDS-aktiv.

Schwarz-Schilling: Ich wollte noch kurz etwas zu der Bemerkung von Herrn von Hassel sagen, der bemängelt hat, daß wir zu viel Materialunkosten haben, und die Bundesgeschäftsstelle beauftragt hat, dies zu durchforsten. Ich glaube nur eines, damit man sich hier keine falschen Hoffnungen macht: Wir sind ja alle, die wir hier tätig sind in X Doppelfunktionen tätig. Rein vom organisatorischen Prinzip macht ein Änderungstext in einer Organisationsstelle mehr Arbeit, als wenn man jeweils alle Organe, sei es Bundesvorstand, Präsidium und was es alles gibt, anschreibt. Über Herausstreichen ist es organisatorisch überhaupt nicht möglich, weil sich die Funktion jeden Tag wieder ändert. Im Grunde genommen sind diese Papiere ja nur ein Spiegelbild unserer vielen Doppelfunktionen, deren man sich dann bewußt wird. Deswegen ist es eigentlich die einzige Methode, die zwar für den einzelnen Abgeordneten sehr schwer ist, daß man alles, was kommt, einmal im Jahr durchsieht und die Anweisung gibt, daß jegliche Doppelreemplare an die und die Stellen weiterzuleiten sind, weil wir nämlich feststellen, daß wir von einer gewissen Ebene ab nach unten einen Mangel an Informationen haben. Diesem Mangel beizukommen, ist wiederum organisatorisch kolossal schwierig, das kann man nur in seinem eigenen Bereich, indem man sämtliche

Doppelungen, die einen nicht interessieren, einmal im Jahr durchforstet und an andere Interessierte automatisch weitergibt. (*Unruhe und Diskussion.*)

Kraske: Vielen Dank! Darf ich Ihnen vorschlagen, daß wir noch Herrn Hennig zu dem Thema „Zentrale Mitgliederkartei“ eben hören und dann diesen Punkt abschließen und zur Abstimmung kommen? Es gibt unter dem Punkt „Verschiedenes“ noch zwei Dinge, die entschieden werden müssen.

Hennig: Hier ist eben der Punkt „Zentrale Mitgliederkartei“ angesprochen worden. Herr Langguth, ich darf Ihnen sagen, daß diese zentrale Mitgliederkartei einmal im Monat fortgeschrieben wird. Das heißt, praktisch ständig, ich glaube, daß ist optimal geregelt. Sie kann allerdings nur so gut sein, wie die Daten sind, die wir von den Kreis- und Landesverbänden bekommen, (*Kraske:* Das ist es!) und da ist der Punkt, wo wir jetzt an einer Reihe von Einzelheiten schon festgestellt haben, daß es eben nicht bei uns, sondern an diesen Stellen klemmt.

Zwei Sätze zu dem Verhältnis zur Fraktion: Das war auch bei mir einer der Kernpunkte, auf den ich sofort mein Augenmerk gerichtet habe. Wir sind in dieser Hinsicht schon etwas weitergekommen. Es gibt Papiere sowohl von Herrn Dr. Frank²³, dem Leiter des Planungsstabes der Fraktion, als auch von Herrn Bilke, als dem Leiter der Abteilung Politische Referate. Die decken sich sehr weitgehend in dem, was man hier rationalisieren und besser machen kann. Wir werden am 8. Februar eine gemeinsame Besprechung haben, eine Sitzung sowohl der Referenten von Herrn Bilke als auch der Geschäftsführer der Arbeitskreise als auch des Planungsstabes. Und in dieser Sitzung wird dann ganz konkret eine Arbeitsteilung abgesprochen werden, was man in Zukunft kollationieren und besser machen kann. Ich warne allerdings vor dem Glauben, daß da haushaltsmäßig wesentliche Einsparungen dabei herauskommen werden.

Kraske: Vielen Dank, ich glaube, dieser letzte Hinweis ist wichtig, denn er weist in die Richtung, die wir einzuschlagen haben. Meine Damen und Herren, darf ich dann Sie fragen, ob Sie dem Haushalt der Bundespartei mit Maßgabe des Antrags von Herrn Amrehn und diesem Gespräch, was hier noch in dem einen Punkt zu führen ist, Ihre Zustimmung geben? Daß wir im Sommer erneut berichten und dann eventuelle strukturelle Änderungen sehen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich bedanke mich.

VERSCHIEDENES

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ habe ich drei Punkte zu klären. Erstens, das Präsidium hat sich auf seiner ersten Sitzung im neuen Jahr heute vor einer Woche mit der Terminplanung in diesem Jahr, insbesondere mit dem Bundesparteitag 1972, beschäftigt. Sie wissen, daß dieser Parteitag satzungsmäßig nicht zwingend ist. Wir wären aber alleine schon aus Gründen der Selbstdarstellung und in Inanspruchnahme etwa von Fernsehzeiten schlecht beraten, wenn wir auf einen solchen Parteitag verzichten

23 Dr. Johann Frank.

würden. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, diesen Parteitag am 10. und 11. Oktober in Wiesbaden stattfinden zu lassen, dem Termin haben Sie bereits zugestimmt im Zuge der Jahresplanung. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch den Vorschlag Wiesbaden unterstützen würden. Die Bundespartei veranstaltet jetzt ihren 20. Bundesparteitag, es ist der erste in Hessen. Ich muß allerdings zum Ruhme der Bundespartei sagen, daß es in früheren Jahren von Herrn Dregger und Herrn Schwarz-Schilling und Herrn Kiep mehrere Angebote gab, ob man nicht einen Parteitag in Hessen machen wolle und es damals nicht an der Bundespartei scheiterte. Um so wichtiger finde ich, daß wir jetzt endlich nach Hessen gehen. Die Halle ist angemietet, die Halle ist so fest angemietet, daß die FDP, die das nicht wußte, ihre eigene Idee zurückziehen muß. Ich wäre aber dankbar, wenn Sie das formell auch beschließen und bestätigen würden, 10./11. Oktober in Wiesbaden. – Vielen Dank!

Der zweite Punkt: Ich erinnere Sie daran, daß Sie alle in diesen Tagen eine Einladung der Sozialausschüsse zu dem Betriebsrätekongreß am 26. Februar in Offenburg²⁴ bekommen haben. Ich muß darauf hinweisen, daß ich selber an dem letzten Betriebsrätekongreß vor vier Jahren in Rüsselsheim²⁵ teilgenommen habe und daß ich, damals noch als Bundesgeschäftsführer, der einzige Vertreter der Bundespartei war, der an diesem Kongreß teilnahm und zugleich der einzige Mann im Saal, der nicht aktiv Mitglied der Sozialausschüsse war. Dieses hat, nicht was meine Person angeht, aber was das Verhältnis der Bundespartei zu einer ihrer Vereinigungen angeht, einen eher demoralisierenden Eindruck auf unsere Freunde gemacht, zumal sie die Präsenz der Bundespartei verglichen haben mit der Anwesenheit von Mitgliedern des Präsidiums und des Vorstandes bei anderen Vereinigungen oder Institutionen der Partei. Meine sehr herzliche Bitte ist gerade am Beginn dieses sehr schwierigen Betriebsratswahlkampfes und auch im Blick auf die Wahlen in Baden-Württemberg, daß Sie alle, soweit es irgend möglich ist, dieser Einladung folgen, am 26. Februar in Offenburg, damit wir wirklich unseren Freunden in den Sozialausschüssen vor dieser Betriebsratswahl zeigen, daß wir sie hier nicht alleine im Feuer stehen lassen.

Der nächste Punkt: Wir haben in einer teilweise sehr heftigen Debatte am Ende der letzten Vorstandssitzung uns über unseren eigenen Terminplan für dieses Jahr und insbesondere über die Uhrzeiten unterhalten. Wir haben ja inzwischen alle Zeit gehabt, noch einmal darüber nachzudenken. Es haben mich eine Reihe von weiteren Klagen erreicht, daß das doch schwierig wäre, während ich an anderer Stelle wirklich festgestellt habe, daß man sich jetzt auf diese Planung eingestellt hat. Ich möchte noch einmal an alle Betroffenen und vor allem an die ungünstig Betroffenen einen Appell und die Bitte richten, daß wir jetzt bei dieser Planung bleiben. Wir sind alle auf dem Saarbrücker Parteitag davon ausgegangen, uns wieder einmal vorzunehmen, die Bundespartei und die Gremien der Partei noch ernster als bisher zu nehmen, um es vor-

24 Zur Bundeskonferenz der Betriebs- und Personalräte der CDA am 26. Februar 1972 in Offenburg vgl. „Die Welt“ vom 28. Februar 1972 „Katzer und Barzel warnen vor Linksradikalen in den Betrieben“. Unterlagen in ACDP 04–013–036/1, –083/2.

25 Zur Bundeskonferenz am 13. Januar 1968 in Rüsselsheim vgl. FAZ vom 17. Januar 1968 „Alle Linken werden Brüder“. Unterlagen in ACDP 04–013–031/1, –037/1, –055/2.

sichtig zu formulieren. Ich glaube, daß wir das auch dadurch zum Ausdruck bringen sollten, daß wir nicht den Terminplan der Bundespartei nach unseren Plänen richten, sondern daß wir, gerade weil wir das jetzt bis Dezember 1972 vorgelegt haben, uns bemühen, unsere Pläne in den wenigen Fällen, um die es geht, nach der Bundespartei zu richten. Es sind genau genommen vier Tage im Jahr, es ist nämlich der 13. März, wo wir den Bundesvorstand nach Stuttgart einberufen wollen zum Zeichen der Solidarität mit unseren baden-württembergischen Freunden, es ist der 24. April, der Tag nach der baden-württembergischen Landtagswahl, wo wir schon aus Gründen der Aktualität morgens um 11.00 Uhr tagen müssen, um rechtzeitig in die Presse zu kommen, es ist der 12. Juni (*Zwischenruf*: Wo sind wir da?), hier in Bonn. Es ist der 12. Juni, wo wir mit dem Ausschuß und dem Vorstand ganztägig in Berlin sein werden und es ist schließlich der 27. November. Es kommt hinzu der 9. Oktober, das ist der übliche Tag vor Beginn des Bundesparteitages. Dies sind also unsere ganzen Forderungen an Ihre Montage, soweit die Sitzungen um 11.00 Uhr beginnen. Ich wäre auch den Freunden, die bei der letzten Vorstandssitzung hier berechnete Schwierigkeiten und Probleme angemeldet haben, dankbar, wenn sie versuchten, das an diesen vier oder maximal fünf Montagen zugunsten der Bundespartei zu lösen.

Köppler: Ich gehöre ja auch zu denen, die bei der letzten Beratung in diesem Punkt Bedenken geäußert haben. Ich würde sagen, die Sache ist entschieden, da sollten wir uns, wie Sie sagen, danach richten. Aber ich meine, das Problem der Koordinierung mit der Bundestagsfraktion muß gelöst werden. Es geht nicht an, daß parallel zu unserer Vorstandssitzung der Vorstand der Bundestagsfraktion tagt, wie das heute wieder der Fall ist.

Kraske: Herr Köppler, dieses Problem ist gelöst. Ich habe bereits die Zusage, daß an dem Tag, wo wir in Baden-Württemberg sind, an dem Tag, wo wir in Berlin sind und selbstverständlich an dem Tag vor unserem Parteitag der Fraktionsvorstand auf den Dienstag verlegt wird. Über den 27. November habe ich mit Herrn Barzel in diesem Punkt noch nicht gesprochen, aber ich hoffe, daß wir das auch noch hinbekommen.

Langguth: Ich habe noch eine Anmerkung zu machen außerhalb der Terminplanung. Ich habe der Presse entnommen, daß das Präsidium einen Jahresarbeitsplan entwickelt hat. Ich finde es bedauerlich, daß man im Bundesvorstand darüber noch nicht hat diskutieren können, denn die Arbeit des Präsidiums geht ja praktisch die gesamte Partei an. Ich hätte es für begrüßenswert gehalten, wenn wir zumindest diesen Jahresplan hier hätten heute diskutieren können. Nachdem das nicht mehr möglich ist aus zeitlichen Gründen, ist es möglich, daß wir da vielleicht eine schriftliche Fixierung bekommen, was geplant ist, denn wir als Bundesvorstand fühlen uns natürlich für alles verantwortlich, was hier diskutiert wird?

Kraske: Ich will Ihnen sagen, wir haben heute nicht so sehr hier, sondern im Bundesausschuß, vor der Frage gestanden, was ist vordringlicher? Und wir haben gemeint, daß nach dem bisherigen Verfahren im Bundesausschuß die Diskussion einer politischen Frage mit der nötigen Zeit noch wichtiger sei. Ich habe Herrn Dr. Barzel gesagt, natürlich, ein neu gewählter Generalsekretär spricht gegen seine eigenen Interessen, wenn er nicht vor dem Bundesausschuß einen Bericht gibt über seine Planung. Aber

mir ging es noch mehr darum, daß dieser so lange immer wieder vernachlässigte und frustrierte Bundesausschuß wirklich mal in die politische Entscheidung mit einbezogen wird. Und deswegen hat sich Herr Barzel auf diesen sehr kurzen einleitenden Bericht beschränkt. Ich wollte dieses Programm zur wesentlichen Grundlage unserer Sitzung am 21. Februar mit den Landes- und Vereinigungsvorsitzenden machen. Herr Langguth, wenn wir hier die Vorsitzenden des Landesverbände und der Vereinigungen einladen, finde ich es völlig selbstverständlich, daß wir den Vorsitzenden des RCDS dazu einladen. Wie weit im voraus eine schriftliche Unterrichtung darüber möglich ist, werden wir überlegen. Es gibt aus der Präsidiumssitzung eine Protokollnotiz. Vielleicht kann man das vorher zuschicken, dann spare ich mir lange einleitende Bemerkungen, und wir können gleich in die unmittelbare Diskussion eintreten.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, es ist 16.01 Uhr. Ich bedanke mich für konzentrierte Arbeit und schließe die Sitzung.²⁶

²⁶ Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-920; Beschluß der Präsidiumssitzung vom gleichen Tag in CDU Presse Mitteilungen vom 24. Januar 1972 (ACDP 07-001-607).